

Republik Österreich

XXII. GP.-NR

1243 /AB

Dr. Wolfgang Schüssel  
Bundeskanzler

2004 -02- 11

zu 1237/J

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Univ.Prof. Dr. Andreas KHOL  
Parlament  
1017 W i e n

Wien, am 10. Februar 2004

GZ BKA-353.110/011-IV/8/2004

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Maier und GenossInnen haben am 10. Dezember 2003 unter der Nr. 1237/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Konsultationsmechanismus - Praxis in der XXI. und XXII. Gesetzgebungsperiode gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

In der XXI. und XXII. Gesetzgebungsperiode wurde bisher bei 80 Vorhaben (Gesetzesentwürfen, Regierungsvorlagen und Verordnungsentwürfen) des Bundes die Aufnahme von Verhandlungen im Konsultationsgremium verlangt. Die mehr als 160 Verlangen – zum Teil langten zu einem Vorhaben mehrere Verlangen ein – wurden sowohl von einzelnen Ländern als auch vom Österreichischen Städtebund und vom Österreichischen Gemeindebund gestellt.

Der beiliegenden Liste ist – neben den Anlaßfällen – im Einzelnen zu entnehmen, in welchen Fällen und von wem jeweils die Auslösung des Konsultationsmechanismus verlangt wurde.

Zu den Fragen 3 bis 6:

Das Konsultationsgremium wurde in der XXI. und XXII. Gesetzgebungsperiode noch nicht einberufen.

Die beim Bundeskanzleramt eingegangenen Verlangen wurden stets unverzüglich dem jeweils fachlich zuständigen Bundesministerium sowie dem Bundesministerium für Finanzen zur Stellungnahme weitergeleitet.

In über 30 Fällen wurden die Verlangen in der Folge ausdrücklich zurückgezogen. Mehrere Male erwiesen sie sich als unzulässig, weil sie nicht fristgerecht gestellt worden waren oder weil einer der Ausnahmetatbestände des Art. 6 Abs. 1 der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus vorlag.

- 2 -

In den meisten Fällen haben die Verlangen nach Aufnahme von Verhandlungen allerdings dazu geführt, daß den Bedenken der gegenbeteiligten Gebietskörperschaften inhaltlich Rechnung getragen wurde, sei es durch die gänzliche Abstandnahme vom Vorhaben, sei es – gegebenenfalls nach der Durchführung eines neuerlichen Begutachtungsverfahrens – durch die Änderung oder den Entfall einzelner Bestimmungen. Dadurch scheint der Zweck der Vereinbarung über den Konsultationsmechanismus – auf einem unbürokratischen und kostensparenden Weg – jedenfalls erreicht worden zu sein.

Im Übrigen ist bei einzelnen dringlichen Vorhaben der Gesetzesbeschluß des Nationalrates der Aufnahme von Verhandlungen im Konsultationsgremium zeitlich zuvorgekommen. In diesen Fällen erschien es – unbeschadet der Information des Präsidenten des Nationalrates von der Auslösung des Konsultationsmechanismus – unter Abwägung aller Umstände nicht tunlich, die parlamentarische Behandlung aufzuschieben.

Eine nach den einzelnen Vorhaben aufgeschlüsselte Zusammenstellung der wesentlichen Ergebnisse des Konsultationsmechanismus kann der beiliegenden Liste entnommen werden.

Zu den Fragen 7 bis 9:

Zur Durchsetzung bereits fälliger vermögensrechtlicher Ansprüche steht den Ländern grundsätzlich die Klage nach Art. 137 B-VG offen. Zur Feststellung der Nichterfüllung von nicht vermögensrechtlichen Verpflichtungen aus der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus kann ein Antrag gemäß Art. 138a Abs. 1 B-VG gestellt werden. Bisher haben die Länder von diesen Möglichkeiten allerdings keinen Gebrauch gemacht.

Gemäß Art. 4 Abs. 2 der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus sind im Übrigen dann, wenn ein Einvernehmen im Konsultationsgremium nicht erzielt wird oder wenn Empfehlungen des Konsultationsgremiums nicht abgewartet werden, nur tatsächlich entstandene zusätzliche finanzielle Ausgaben über Prüfung durch die jeweiligen Vertragspartner zu ersetzen, soweit sie einer sparsamen, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Vollziehung entsprechen. Diese Kriterien werden – bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen für eine Verpflichtung zum Ausgabenersatz – allenfalls bei den Verhandlungen über den nächsten Finanzausgleich zu prüfen sein. Inwieweit zusätzliche finanzielle Ausgaben der Länder und Gemeinden im Ergebnis tatsächlich zu berücksichtigen sein werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Für die laufende Finanzausgleichsperiode gilt, daß mit dem Finanzausgleichsgesetz 2001 – FAG 2001 (allfällige) Kostenersatzpflichten des Bundes bei folgenden rechtsetzenden Maßnahmen abgegolten werden:

- Budgetbegleitgesetz 2001 (vgl. § 27 Abs. 6 Z 1 FAG 2001);
- Bundesgesetz, mit dem die Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Bundes neu organisiert sowie über Bundesvermögen verfügt wird (Bundesimmobilien-gesetz) und mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 sowie das ASFINAG-Ermächtigungsgesetz 1997 geändert werden (vgl. § 27 Abs. 6 Z 2 FAG 2001);
- Bundesgesetz, mit dem das Meldegesetz 1991 sowie das Volkszählungsgesetz 1980 geändert werden (vgl. § 27 Abs. 6 Z 3 FAG 2001).

- 3 -

Zu den Fragen 10 bis 12:

Die Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus hat einerseits seit ihrem Inkraft-Treten zu einem höheren Maß an Kostenbewußtsein und Kostentransparenz bei den rechtsetzenden Vorhaben von Bund und Ländern geführt und trägt damit wesentlich zu einem sparsamen Staat bei. Andererseits bedeutet sie einen wichtigen Schritt in Richtung Vertiefung und Verfestigung der Kooperation und Verhandlungskultur im Bundesstaat. Schon aus diesen Gründen sind die Erfahrungen mit dem Konsultationsmechanismus aus der Sicht des Bundes positiv zu beurteilen.

Einzelne Verbesserungsmöglichkeiten könnten insbesondere bei der praktischen Durchführung der Kostenberechnung bestehen; allerdings sind gerade auf diesem Gebiet in den letzten Jahren bereits bedeutende Fortschritte erzielt worden.

Vorwürfe, daß der Bund seinen Verpflichtungen aus dem Konsultationsmechanismus unzureichend nachkomme, sind schwerlich nachvollziehbar. Sämtliche der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus unterliegenden Vorhaben des Bundes werden den gegenbeteiligten Gebietskörperschaften mit einer Darstellung der finanziellen Auswirkungen übermittelt. Zur Behandlung der einzelnen Verlangen nach Auslösung des Konsultationsmechanismus und den in einer Vielzahl von Fällen für alle Seiten zufriedenstellenden Ergebnissen ist auf die obigen Ausführungen zu den Fragen 3 bis 6 zu verweisen.

AnlageA handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. G. Keller'.

**ANLAGE**

zu den Fragen 3 bis 6  
Seite 1 von 10

**Verlangen auf Aufnahme von Verhandlungen im Konsultationsgremium  
gemäß der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus, BGBl. I Nr. 35/1999**  
Übersicht  
Stand Jänner 2004

| Lfd Nr | Geschäftszahl                                                                                                        | Gegenstand                                                                                                                                             | Auslöser                                                                                                                                                                                                                                         | Anm.                                                                            |
|--------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------|
|        | 603.366/007-V/1/2003                                                                                                 | Entw. Produktsicherheitsgesetz                                                                                                                         | Vorarlberg 3.12.2003                                                                                                                                                                                                                             | Schreiben des BMSSG: Überarbeitung des Entw. in Aussicht genommen               |
|        | 603.910/002-V/1/2003                                                                                                 | RV 252 d.B. XXII. GP<br>E-Government-Gesetz                                                                                                            | Salzburg 4.11.2003                                                                                                                                                                                                                               |                                                                                 |
|        | 600.025/026-V/1/2003                                                                                                 | RV 311 d.B: XXII. GP<br>Bundesbahnstrukturgesetz                                                                                                       | Kärnten 20.11.2003                                                                                                                                                                                                                               | Gesetzesbeschluss des NR 4.12.2003                                              |
|        | 600.025/013-V/1/2003                                                                                                 | Entw. Bundesbahnstrukturgesetz                                                                                                                         | Kärnten 31.10.2003                                                                                                                                                                                                                               | Gesetzesbeschluss des NR 4.12.2003                                              |
|        | 601.262/001-V/1/2003                                                                                                 | RV 202 BgNR 22. GP<br>BG, mit dem im<br>Konsumentenschutzgesetz Bestimmungen<br>über den Heimvertrag eingeführt werden<br>(Heimvertragsgesetz - HVerG) | Gemeindebund 22.8.2003<br>Salzburg 26.8.2003                                                                                                                                                                                                     |                                                                                 |
|        | 600.938/037-V/1/2003<br>600.938/040-V/1/2003                                                                         | RV 120 d.B. XXII. GP<br>AsylG-Novelle 2003                                                                                                             | Oberösterreich 20.6.2003<br>Niederösterreich 18.6.2003                                                                                                                                                                                           | Gesetzesbeschluss des NR 23.10.2003<br>BGBl. I Nr. 101/2003                     |
|        | 601.691/007-V/1/2003                                                                                                 | Änderung d. Katastrophenfondsgesetzes<br>1996 im Rahmen des<br>Budgetbegleitgesetzes 2003                                                              | Niederösterreich 25.4.2003                                                                                                                                                                                                                       | Schreiben des BMF: Ausnahmebestimmung des Art. 6 Abs. 1 Z 3 kommt zur Anwendung |
|        | 603.722/016-V/1/2003<br>603.722/017-V/1/2003<br>603.722/018-V/1/2003<br>603.722/019-V/1/2003<br>603.722/020-V/1/2003 | Entw. u RV 59 d.B. XXII.GP<br>Budgetbegleitgesetz 2003                                                                                                 | Salzburg 25.4.2003<br>Wien 25.4.2003 (8.5. RV)<br>Kärnten 28.4.2003 (19.5. RV)<br>Burgenland 8.5.2003 (RV)<br>Städtebund 8.5.2003 (RV)<br>Gemeindebund 9.5.2003 (RV)<br>Vorarlberg 12.5.2003 (RV)<br>Salzburg 12.5.2003 (RV)<br>Steiermark 14.5. | Gesetzesbeschluss des NR 11.6.2003<br>BGBl. I Nr. 71/2003                       |

**ANLAGE**

zu den Fragen 3 bis 6  
Seite 2 von 10

|                                                                        |                                                                                                                                                 |                                                                                         |                                                                                                                                             |
|------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 600.067/007-V/1/2003<br>600.067/013-V/1/2003<br>600.067/024-V/1/2003   | Wasserrechtsgesetzesnovelle 2003                                                                                                                | Vorarlberg 22.4.2003<br>Kärnten 5.5.2003<br>Tirol 7.5.2003<br>Salzburg 9.5.2003;<br>NÖ: | Tirol zurückgezogen                                                                                                                         |
| 602.228/001-V/1/2003                                                   | Entw. Bundesfinanzierungsgesetz                                                                                                                 | Salzburg 25.4.2003                                                                      |                                                                                                                                             |
| 602.761/011-V/A/8/2003                                                 | Entw. eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundeshaushaltsgesetz geändert wird                                                                     | Salzburg 25.4.2003                                                                      |                                                                                                                                             |
| 602.025/004-V/1/2003                                                   | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesbahngesetz, das ASFINAG-Gesetz und das Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz geändert werden | Salzburg 25.4.2003                                                                      |                                                                                                                                             |
| 603.337/003-V/1/2003                                                   | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Alltastensanierungsgesetz geändert wird                                                               | Kärnten 28.4.2003                                                                       |                                                                                                                                             |
| 600.725/002-V/1/2003<br>600.725/003-V/1/2003                           | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten geändert wird                                     | Kärnten 14.3.2003<br>Salzburg 11.3.2003                                                 | Antwort BMGF: Überarbeitung des Entwurfes + neuerliche Begutachtung in Aussicht genommen                                                    |
| 600.682/003-V/1/2003                                                   | Verordnung des Bundesministers für soziale Sicherheit und Generationen über empfohlene Impfungen 2003                                           | Niederösterreich 20.2.2003                                                              | Schreiben BMGF: Verhandlungen auf Beamtenebene in Aussicht genommen;<br>Schreiben BMGF (OZ 6);<br>zurückgezogen (OZ 7/03)                   |
| 600.440/004-V/1/2003                                                   | Bundesgesetz über die Errichtung einer Verkehrssicherheitsbehörde                                                                               | Kärnten 7.1.2003<br>Vorarlberg 8.1.2003                                                 | neuerliche Begutachtung in Aussicht genommen                                                                                                |
| 600.619/024-V/A/5/2002<br>600.619/029-V/1/2002<br>600.619/037-V/1/2002 | Verordnung über eine Verringerung des Schwefelgehaltes bestimmter flüssiger Brennstoffe                                                         | Tirol 4.10.2002;<br>Vorarlberg 10.10.2002<br>Salzburg 15.10.2002                        | Ausnahmebestimmung des Art. 6 Abs. 1 Z 1 ist strittig;<br>neuerliche Aussendung auf Grund tiefgreifender Veränderungen in Aussicht genommen |
| 602.087/009-V/1/2002                                                   | Hauptbahn-Erklärungsverordnung                                                                                                                  | Kärnten 24.7.2002                                                                       | Verlangen nicht fristgerecht eingelangt                                                                                                     |

**ANLAGE**

zu den Fragen 3 bis 6  
Seite 3 von 10

|                                                                                              |                                                                       |                                                                                              |                                                                                                                                          |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 602.474/010-V/1/2002<br>602.474/014-V/1/2002<br>602.474/015-V/1/2002                         | Strafrechtsänderungsgesetz 2002<br>RV 1166                            | Salzburg 18.6.2002<br>Niederösterreich 18.6.2002                                             | Gesetzesbeschluss des NR 10.7.2002 (BGBl. I Nr. 134/2002);<br>Salzburg zurückgezogen;<br>inhaltlich wurde den Bedenken Rechnung getragen |
| 603.547/013-V/1/2002;<br>603.547/016-V/1/2002                                                | Fremdengesetz-Novelle 2002                                            | Salzburg 16.4.2002<br>Wien 29.3.2002                                                         | Gesetzesbeschluss des NR 9.7.2002 (BGBl. I Nr. 126/2002)                                                                                 |
| 600.440/014-V/1/2002                                                                         | Entw. Bundesstraßen-Mautgesetz 2002                                   | Kärnten 25.3.2002<br>Niederösterreich 22.3.2002<br>Vorarlberg 27.3.2002                      | alle zurückgezogen                                                                                                                       |
| 601.598/009-V/1/2002                                                                         | Sicherheitspolizeigesetz-Novelle 2002 (RV 1138 d.B. XXI. GP)          | Städtebund 31.5.2002                                                                         | Gesetzesbeschluss des NR 12.6.2002 (BGBl. I Nr. 104/2002)                                                                                |
| 603.683/007-V/1/2002<br>603.683/008-V/1/2002<br>603.683/013-V/1/2002<br>603.683/014-V/1/2002 | Tiergesundheitsdienst-Verordnung                                      | Niederösterreich 17.5.2002<br>sowie 16.8.2002<br>Salzburg 23.5.2002 sowie<br>16.8.2002       | alle zurückgezogen                                                                                                                       |
| 601.408/003-V/1/2002<br>601.408/009-V/1/2002                                                 | Universitätsgesetz 2002;<br>RV 1134 d.B. XXI. GP                      | Steiermark 3.6.2002<br>Tirol 24.5.2002<br>Wien 5.4.2002                                      | Gesetzesbeschluss des NR 11.7.2002 (BGBl. I Nr. 120/2002)                                                                                |
| 600.525/006-V/1/2002                                                                         | Abgabenänderungsgesetz 2002                                           | Gemeindebund 11.3.2002                                                                       | Fällt überwiegend nicht in den Anwendungsbereich der Vereinbarung (Art 6 Abs. 1 Z 3) (OZ 20/02)                                          |
| 600.722/010-V/1/2002                                                                         | 21. KFG-Novelle;<br>RV 1032 d.B. XXI. GP                              | Gemeindebund 11.3.2002                                                                       | Gesetzesbeschluss 17.4.2002 (BGBl. I Nr. 80/2002);<br>umstrittene Bestimmung wurde gestrichen                                            |
| 602.944/001-V/1/2002                                                                         | Entwurf eines Bundesgesetzes über Vereine (Vereinsgesetz 2002 – VerG) | Steiermark „behält sich allfällige Schritte nach dem Konsultationsmechanismus vor“ 28.2.2002 | Gesetzesbeschluss des NR 20.3.2002 (BGBl. I Nr. 66/2002)                                                                                 |
| 600.858/006-V/1/2002                                                                         | RV 984 d.B. XXI. GP (Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002)         | Vorarlberg 8.2.2002                                                                          | zurückgezogen 26.2.2002                                                                                                                  |

**ANLAGE**

zu den Fragen 3 bis 6  
Seite 4 von 10

|                                            |                                                                                                                         |                                                                    |                                                                                                                                               |
|--------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 603.722/005-V/1/2002                       | RV 977 d.B. XXI. GP<br>(Konjunkturbelebungs-gesetz 2002)                                                                | Burgenland 5.2.2002                                                | lt. Stellungnahme des BMWA liegen die Mehrausgaben unter der Bagetellgrenze; Gesetzesbeschluss des NR 20.3.2002 (BGBl. I Nr. 68/2002)         |
| 600.440/005-V/1/2002                       | Entwurf eines Bundesstraßen-Übertragungsgesetzes                                                                        | Kärnten 17.1.2002                                                  | im Hinblick auf die Einbringung als Initiativantrag (599/A) gegenstandslos;                                                                   |
| 603.312/001-V/2/2002                       | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Düngemittelgesetz 1994 geändert wird                                          | Niederösterreich 21.12.2001                                        | Lt. Stellungnahme BMLFUW keine Mehrausgaben, da Vollziehung in unmittelbarer Bundesverwaltung;                                                |
| 602.761/020-V/1/2001                       | Entwurf einer Verordnung des BMF über die Statistik der Geburten im öffentlichen Sektor (Gebärungsstatistik-Verordnung) | Niederösterreich 29.11.2001                                        | neuerliche Begutachtung                                                                                                                       |
| 600.858/13-V/1/2001                        | Entwurf eines Bundesgesetzes über eine nachhaltige Abfallwirtschaft (AWG 2002)                                          | Vorarlberg 14.11.2001<br>Tirol 16.11.2001<br>Kärnten 27.11.2001    | Tirol und Kärnten verspätet Vorarlberg zurückgezogen                                                                                          |
| 603.887/11-V/1/2001                        | Regierungsvorlage eines Bundesgesetzes über die Dokumentation im Bildungswesen                                          | Städtebund 12.11.2001                                              | keine abweichende (neue Kosten verursachende) RV<br>Gesetzesbeschluss des NR 22.11.2001 (BGBl. I Nr. 12/2002)                                 |
| 603.887/4-V/1/2001                         | Entwurf eines Bundesgesetzes über die Dokumentation im Bildungswesen (Bildungsdokumentationsgesetz)                     | Niederösterreich 16.8.2001<br>(bedingt)<br>Gemeindebund 28.10.2001 | Niederösterreich: Bedingung nicht eingetreten<br>Gemeindebund: verspätet                                                                      |
| 600.001/2-V/1/2001                         | Regierungsvorlage eines Abgabenänderungsgesetzes 2001 (RV 827 d.B. XXI. GP)                                             | Gemeindebund 6.11.2001                                             | Antrag verspätet,<br>Ausnahmebestimmung des Art. 6 Abs. 1 Z 3 der Vereinbarung;<br>Gesetzesbeschluss des NR 22.11.2001 (BGBl. I Nr. 144/2001) |
| 602.380/35-V/1/2001<br>602.380/37-V/1/2001 | RV zum Verwaltungsreformgesetz (772 d.B. XXI. GP)                                                                       | Städtebund hält sein Verlangen aufrecht;<br>Wien 16.10.2001        | Gesetzesbeschluss des NR 21.11.2001 (BGBl. I Nr. 65/2002)                                                                                     |
| 602.380/29-V/1/2001                        | Entwurf eines Verwaltungsreformgesetzes 2001                                                                            | Städtebund 30.8.2001<br>Wien 4.9.2001                              |                                                                                                                                               |

**ANLAGE**

zu den Fragen 3 bis 6  
Seite 5 von 10

|                                          |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |                                                                                                                                              |                                                                                                                                                                                                                                                                    |
|------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 603.683/5-V/1/2001                       | Entwurf einer Verordnung des BMsSG über ein Untersuchungsprogramm zur Bekämpfung der Bovinen Virusdiarrhöe und der Mucosal Disease bei Rindern (BVD-Verordnung)                                                                                                                                                                           | Niederösterreich 30.8.2001<br>Oberösterreich 31.8.2001<br>Salzburg 3.9.2001<br>Steiermark 29.8.2001<br>Gemeindebund 29.8.2001                | VO überarbeitet; neuerliche Übermittlung                                                                                                                                                                                                                           |
| 600.842/10-V/1/2001                      | RV (744 d.B. XXI. GP)<br>Ernährungssicherheitsgesetz                                                                                                                                                                                                                                                                                      | Steiermark 25.7.2001<br>(Verlangen auch schon zum Ministerialentwurf)                                                                        | Beschlussfassung im NR erst nach Einigung über die Kostenfrage geplant;<br>Gesetzesbeschluss des NR 27.2.2002 (BGBl. I Nr. 63/2002)                                                                                                                                |
| 600.067/17-V/1/2001                      | Regierungsvorlage (642 d.B. XXI. GP)<br>(Agrarrechtsänderungsgesetz 2001)                                                                                                                                                                                                                                                                 | Vorarlberg 15.6.2001<br>Salzburg 19.6.2001                                                                                                   | Gesetzesbeschluss des NR 5.7.2001 (BGBl. I Nr. 109/2001)                                                                                                                                                                                                           |
| 600.067/7-V/1/2001                       | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959 geändert wird                                                                                                                                                                                                                                                           | Kärnten 18.5.2001<br>Niederösterreich 18.5.2001<br>Oberösterreich 18.5.2001<br>Salzburg 28.5.2001<br>Tirol 29.5.2001<br>Vorarlberg 31.5.2001 | Kärnten, Oberösterreich und Tirol zurückgezogen;<br>Stellungnahme BMLFUW;                                                                                                                                                                                          |
| 601.691/1-V/1/2001<br>600.478/1-V/1/2001 | RV Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1996 und das Bundesfinanzgesetz 2001 (587 d.B. XXI. GP), die Vollzugsanweisung betr die Verwertung von Gegenständen animalischer Herkunft in Tierkörperverwertungsanstalten (585 d.B.), das Fleischuntersuchungsgesetz (586 d.B.) und das Tiernehl-Gesetz (584 d.B.) geändert werden | Burgenland 15.5.2001<br>Kärnten 16.5.2001,<br>Salzburg 16.5.2001                                                                             | K1RV, Info HKB sowie Präsnr 29.5.2001;<br>Stellungnahme BMF (OZ 3/01): Art. 6 Abs. 1 Z 3 der Vereinbarung ist anwendbar;<br>Burgenland und Salzburg zurückgezogen (OZ 4 und 5/01);<br>Gesetzesbeschluss des NR 6.6.2001 (BGBl. I Nr. 71/2001 - Katastrophenfondsg) |
| 600.849/10-V/2/2001                      | Entwurf einer Verordnung des BMLFUW über besondere Marktstützungsmaßnahmen im Rindfleischsektor                                                                                                                                                                                                                                           | Kärnten 14.5.2001                                                                                                                            | VO nicht erlassen                                                                                                                                                                                                                                                  |
| 601.832/009-V/A/5/2001                   | Entw. eines Bundesgesetzes, mit dem das Gefahrengutbeförderungsgesetz sowie das Schieß- und Sprengmittelgesetz geändert werden (GGBG-Novelle 2001)                                                                                                                                                                                        | Salzburg 29.3.2001                                                                                                                           |                                                                                                                                                                                                                                                                    |
| 600.907/5-V/1/2001                       | Regierungsvorlage (489 d.B. XXI. GP)<br>Passgesetz-Novelle 2001                                                                                                                                                                                                                                                                           | Gemeindebund 7.3.2001<br>Städtebund 6.3.2001                                                                                                 | Besprechung im BMI am 13.3.2001;<br>alle zurückgezogen                                                                                                                                                                                                             |

**ANLAGE**

zu den Fragen 3 bis 6  
Seite 6 von 10

|                                            |                                                                                                                                                             |                                                                                                                     |                                                                                                                          |
|--------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 601.226/003-V/1/2001                       | Entwurf einer Änderung der Straßenverkehrsordnung 1960 (in Vorbereitung des Budgetbegleitgesetzes 2002)                                                     | Kärnten 27.2.2001<br>Niederösterreich 14.2.2001<br>Oberösterreich 1.3.2001<br>Wien 23.2.2001<br>Städtebund 2.3.2001 | Vorhaben wird laut BMVIT nicht weiter verfolgt                                                                           |
| 601.226/022-V/1/2001                       | RV, Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung geändert wird (21. StVO-Novelle)                                                                       | Salzburg 18.6.2001                                                                                                  | Behandlung der RV zum Zeitpunkt des Einlanges des Antrages im NR bereits auf der Tagesordnung;<br>kein Gesetzesbeschluss |
| 601.635/2-V/1/01                           | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundespflegegeldgesetz (BPGG) geändert wird                                                                       | Niederösterreich 27.3.2001<br>Salzburg 28.3.2001                                                                    | Stellungnahme BMSG;<br>Salzburg zurückgezogen;<br>Gesetzesbeschluss des NR 6.6.2001 (BGBl. I Nr. 69/2001)                |
| 600.440/4-V/1/2001                         | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesstraßengesetz 1971 geändert wird                                                                            | Wien 1.3.2001<br>Gemeindebund 20.2.2001<br>Städtebund 21.2.2001                                                     | Stellungnahme BMVIT d                                                                                                    |
| 660.102/2-V/1/2001                         | Entwurf eines BG, mit dem das BGBIG 1996 geändert wird;<br>+ RV eines Budgetbegleitgesetzes 2002 (499 d.B. XXI. GP)                                         | Niederösterreich 20.2.2001<br>Niederösterreich 7.3.2001                                                             | Verständigung Niederösterreich 30.3.2001, Entfall der das Verlangen auslösenden Bestimmung des § 7 Abs. 3 BGBIG          |
| [600.076/8-V/1/2001                        | Verordnung des BMSG über die Ausnahmen von der Einhebung des Behandlungsbeitrages-Ambulanz                                                                  | Niederösterreich 26.2.2001<br>(Geltendmachung von Ersatzansprüchen)                                                 | Verordnung am 9.3.2001 kundgemacht BGBl. II Nr. 120/2001<br>Stellungnahme BMF OZ 13/01                                   |
| 602.474/5-V/1/2001<br>602.474/008-V/1/2001 | Regierungsvorlage (487 d.B. XXI. GP) eines Bundesgesetzes, mit dem das Strafgesetzbuch, die Strafprozessordnung und das Strafvollzugsgesetz geändert werden | Kärnten 6.3.2001,<br>Niederösterreich 2.3.2001<br>Salzburg 5.3.2001,<br>Vorarlberg 6.3.2001                         |                                                                                                                          |
| 602.474/1-V/1/2001                         | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Strafgesetzbuch, die Strafprozessordnung und das Strafvollzugsgesetz geändert werden                              | Niederösterreich 2.2.2001<br>Tirol 2.2.2001                                                                         | Stn BMJ                                                                                                                  |
| 603.868/0-V/1/01                           | Regierungsvorlage (422 d.B. XXI. GP) Gewährleistungsrechts-Änderungsgesetz                                                                                  | Gemeindebund 8.1.2001                                                                                               | Ausnahmebestimmung des Art. 6 Abs. 1 Z 2 der Vereinbarung kommt zur Anwendung                                            |

**ANLAGE**

zu den Fragen 3 bis 6  
Seite 7 von 10

|                    |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |                                              |                                                                                                                                                                                 |
|--------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 600.852/0-V/1/2001 | Regierungsvorlage (424 d.B. XXI.GP) eines Bundesgesetzes, mit dem das Meldegesetz 1991, das Volkszählungsgesetz 1980 und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden                                                                                                                                                                 | Städtebund 29.12.2000<br>Vorarlberg 5.1.2001 | Kostenersatzpflicht des Bundes durch Finanzausgleichsgesetz 2001, BGBl. I Nr. 3 abgegolten (§ 27 Abs. 6 Z 3 FAG 2001); Gesetzesbeschluss des NR 1.3.2001 (BGBl. I Nr. 28/2001); |
| 600.852/2-V/1/00   | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Meldegesetz 1991 und das Volkszählungsgesetz 1980 geändert werden                                                                                                                                                                                                                                       | Wien 11.8.2000<br>Städtebund 11.8.2000       | Stn BMI: Verhandlungen auf Beamtenebene; Städtebund zurückgezogen (OZ 10/00); (siehe auch RV 424)                                                                               |
| 600.725/13-V/1/00  | Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Krankenanstaltengesetz, das Bundesgesetz über die Dokumentation im Gesundheitswesen, das ASVG, das GSVG, das B-SVG, das B-KUVG und das Sozialversicherungs-Ergänzungsgesetz geändert werden                                                                                            | Slbg<br>13.12.2000                           | Gesetzesbeschluss des NR: 14.12.                                                                                                                                                |
| 601.226/13-V/1/00  | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 geändert wird (21. StVO-Novelle)                                                                                                                                                                                                                                            | Krmt<br>12/2000                              |                                                                                                                                                                                 |
| 602.020/5-V/1/00   | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Bundesgesetz über Ausbildung, Tätigkeit und Beruf der Sanitäter (Sanitätsgesetz) erlassen wird und das Bundesgesetz über die Regelung des medizinisch-technischen Fachdienstes und der Sanitätshilfedienste, das Ausbildungsvorbehaltsgesetz und das Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz geändert werden | Städtebd,StmkWien, Gdbd<br>23/24. 11;        | Gespräche ab Jän. 01;<br>alle zurückgezogen<br>BGBl. I Nr. 30/2002                                                                                                              |
| 602.740/7-V/1/00   | Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe (Immissionsschutzgesetz-Luft, IG-L) geändert und das Smogalarmgesetz aufgehoben wird                                                                                                                                                            | Tir 6.12.:                                   | BMLFUW führte Gespräche;<br>zurückgezogen                                                                                                                                       |

**ANLAGE**

zu den Fragen 3 bis 6

Seite 8 von 10

|                   |                                                                                                                                                                                                             |                                                                                                   |                                                            |
|-------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------|
| 602.740/9-V/1/00  | Entwurf einer Verordnung über Inhalt und Umfang der Emissionskataster (Emissionskatasterverordnung)                                                                                                         | OÖ verspätet<br>[Tir: nicht beschlussreif]                                                        | BMLFUW führt Gespräche; Entwurf soll 2.x verschickt werden |
| 603.732/8-V/1/00  | Regierungsvorlage (352 d.B. XXI.GP) eines Bundesgesetzes über begleitende Regelungen zur EMAS-V II (Umweltmanagementgesetz)                                                                                 | NÖ, OÖ, Slbg, Tir, VlbG<br>11/2000<br>Wien nachträgl. Verlangen;<br>NÖ, VlbG, OÖ<br>zurückgezogen | BMLFUW führt Gespräche;<br>BGBl. I Nr. 96/2001             |
| 602.761/15-V/1/00 | Entwurf einer Verordnung (BMF) über Vergütungen für Leistungen zwischen Organen des Bundes und über Entgelte für Leistungen von Organen des Bundes gegenüber Dritten (Leistungabgeltungs-Verordnung – LA-V) | NÖ<br>10/2000                                                                                     | BGBl. II Nr. 388/2000                                      |
| 601.648/16-V/1/00 | Regierungsvorlage (338 d.B. XXI.GP) eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über den Zivildienst (Zivildienstgesetz 1986) geändert wird (ZDG-Novelle 2001)                                           | Slbg<br>31.10.2000;                                                                               | zurückgezogen;<br>Gesetzesbeschluss des NR 22.11.2000      |
| 601.648/11-V/1/00 | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über den Zivildienst (Zivildienstgesetz 1986) geändert wird (ZDG-Novelle 2001)                                                                       | OÖ, Slbg, Tir<br>10/2000                                                                          | alle zurückgezogen;                                        |
| 603.722/30-V/1/00 | Regierungsvorlage (311 d.B. XXI.GP) Budgetbegleitgesetz 2001 [6. Teil – AVG, KarenzgeldG; 8. Teil – ASVG; 11. Teil – ASFINAG-G, BundesstraßenG; alle Verlangen richten sich zumindest gegen den 6. Teil]    | NÖ [+8.&11.T.],<br>Slbg [+11.T.],<br>Tir [+8.T.], Wien, Städtebd;<br>25/31.10.2000                | § 27/6 Z1 FAG                                              |
| 602.685/1-V/1/00  | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das ASFINAG-Gesetz und das Bundesstraßengesetz 1971 geändert werden (=11. Teil des Budgetbegleitgesetzes 2001)                                                        | Slbg<br>11.10.2000                                                                                | BGBl. I Nr. 142/2000                                       |

**ANLAGE**zu den Fragen 3 bis 6  
Seite 9 von 10

|                   |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |                                                     |                                                                                                 |
|-------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 600.066/3-V/1/00  | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz, das Entgeltfortzahlungsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Karenzgeldgesetz, das Sonderunterstützungsgesetz und das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz geändert werden (=6. Teil des Budgetbegleitgesetzes 2001) | NÖ, OÖ, Slbg, Tir, Wien, Städtebd, Gdebd<br>10/2000 | OÖ zurückgezogen                                                                                |
| 603.536/16-V/1/00 | Regierungsvorlage (298 BgNR XXI. GP) eines Bundesgesetzes, mit dem die Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Bundes neu organisiert sowie über Bundesvermögen verfügt wird (Bundesimmobilien-gesetz) und mit dem das Bundesministerien-gesetz 1986 sowie das ASFINAG-Ermächtigungsgesetz 1986 geändert wird                                                                                     | NÖ, Slbg<br>5./6.10.2000                            | siehe § 27/6 ZZ FAG                                                                             |
| 603.536/2-V/1/00  | Entwurf eines Bundesgesetzes über die Neuorganisation der Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Bundes, einschließlich der Verfügung über Bundesvermögen und der Änderung des Bundesministerien-gesetzes 1986 - Bundesimmobilien-gesetz                                                                                                                                                         | Krmt, NÖ, Slbg<br>8/2000                            | BGBI. I Nr. 141/2000                                                                            |
| 601.832/4-V/1/00  | Entwurf einer Verordnung (BMVIT) über Beschränkungen für Beförderungseinheiten mit gefährlichen Gütern beim Befahren von Autobahntunneln                                                                                                                                                                                                                                                       | Krmt<br>8/2000                                      | neuerliche Übersendung                                                                          |
| 600.478/1-V/1/00  | Entwürfe einer TSE-Tiermaterial-Beseitigungsverordnung und von Verordnungen, mit denen die Fleischuntersuchungsverordnung und die Frischfleisch-Hygieneverordnung geändert werden                                                                                                                                                                                                              | NÖ<br>9/2000                                        | laut BMsSG zwingende Umsetzung der E d Komm v 29.6.2000, 2000 / 418 / EG<br>BGBI II Nr 330/2000 |

**ANLAGE**zu den Fragen 3 bis 6  
Seite 10 von 10

|                   |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |                                                     |                                                                             |
|-------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------|
| 602.262/8-V/1/00  | Entwurf einer Verordnung, mit der die Lehrpläne für Berufsschulen geändert werden; Bekanntmachung der Lehrpläne für den Religionsunterricht an diesen Schulen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | NÖ<br>8/2000                                        | BGBI II 334/2001                                                            |
| 603.858/4-V/1/00  | Änderung der Regierungsvorlage (66 d.B. XXI. GP) eines Bundesgesetzes, mit dem Neuregelungen auf dem Gebiet der Erdgaswirtschaft erlassen werden (Gaswirtschaftsgesetz – GWG), das Bundesgesetz betr den stufenweisen Übergang zu der im Gaswirtschaftsgesetz vorgesehenen Marktorganisation erlassen wird und das Preisgesetz 1992, die Gewerbeordnung 1994, das Rohrleitungsgesetz, das Reichshaftpflichtgesetz sowie das Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz geändert werden (Energieberalisierungsgesetz) | NÖ, Slbg, Tir<br>26.6.2000                          | Gesetzesbeschluss des NR: 7.7.2000                                          |
| 600.858/17-V/1/00 | Entwurf einer Verordnung (BMLFUW) betreffend Qualitätsanforderungen an Kompost aus Abfällen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | Niederösterreich 26.6.2000,<br>Vorarlberg 26.6.2000 | Stn BMLFUW - wird neuerlich iRd KonsM übermittelt;<br>BGBI. II Nr. 292/2001 |
| 600.559/1-V/1/00  | Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | Slbg, Tir<br>2./5.5.2000                            |                                                                             |
| 603.722/8-V/1/00  | Regierungsvorlage eines Budgetbegleitgesetzes 2000 [§ 15 VSStG]                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | Städtebd<br>30.3.2000                               | BGBI I Nr 26/2000                                                           |
| 600.241/2-V/1/00  | Entwurf einer Gewinnungsbetriebsplanverordnung (BMwA)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | Slbg<br>17.1.2000                                   | nicht erlassen bis zur Klarheit über Änderung des MinroG                    |